„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"

J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.

Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1835 Halifax Straße.

Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:
9753 Jasper Avenue.

Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Der Farmer und seine „Freunde".

Die „Winnipeg Free Preß", die als das führende Organ des canadischen Westens bezeichnet werden kann, rechnet in ihrer Ausgabe vom 24. März mit den „Freunden" des Farmers ab und hat dabei namentlich die konservativen Abgeordneten des Westens im Auge. Sie sagt u.a.:

„Die konservativen Abgeordneten des Westens (im Dominionparlament zu Ottawa) kennen die Schwierigkeiten der Farmer und wissen zugleich recht wohl, wo die Lösung zu finden ist. Trotzdem unterstützen sie eine Regierungspolitik, die darauf abzielt, durch Beschränkung der Einfuhr auf ein Mindestmaß auch die Ausfuhr zu blokkieren. Dadurch dienen sie nicht den Interessen der Produzenten des Westens, sondern arbeiten ihnen direkt entgegen. Unter der Mackenzie King-Regierung wurden mit ungefähr 40 Ländern Verträge zum Zwecke eines freieren Güteraustausches abgeschlossen. Infolgedessen nahmen unsere Ausfuhren beträchtlich zu, während unsere Einfuhren aus den nämlichen Ländern in weit geringerem Maße zunahmen. Seitens der gegenwärtigen Regierung wird erklärt, Canada werde aus den Abmachungen, die auf der britischen Reichswirtschaftskonferenz in Ottawa getroffen werden sollen, möglicherweise aus dem Handelsaustausch zwischen Canada und Großbritannien sowie zwischen Canada und anderen Teilen des britischen Reiches Nutzen ziehen. Und es heißt weiter, die Regierung beabsichtige auch Abhaltung der britischen Reichswirtschaftskonferenz mit anderen Ländern in Verhandlungen über Handelsverträge einzutreten. Es ist aber kein Beweis dafür vorhanden, daß die Regierung in Ottawa die Absicht hegt, ihre auf Ausschluß fremder Güter gerichtete Handelspolitik zu entspannen, um die Einfuhr britischer Fabrikwaren oder die freiere Einfuhr aus anderen Ländern zu gestatten. Wenn die Bennet-Regierung nicht sehr weitgehend nachgibt und anderen Ländern keine bessere Handelsmöglichkeit mit Canada einräumt, wird wenig Aussicht auf Erweiterung unseres Ausfuhrhandels bestehen.

„Die konservativen Abgeordneten des Westens unterstützen eine extreme Handelspolitik, die nur zum Vorteil der Industrie-Interessen des Ostens geschaffen worden ist, während sie die Interessen des westlichen Produzenten ignoriert und opfert. Der Bennett-Regierung ist nur am Wohle der Fabrikanten gelegen, welche nicht unter der geringsten ausländischen Konkurrenz leiden dürfen. Das Resultat ist nicht nur eine Erschwerung des Verkaufs der überschüssigen Produkte des Westens, sondern auch eine Erhöhung der Preise, wie sie die Farmer außerdem für die Lebensnotwendigkeiten bezahlen müssen. Kein Gerede und kein vorgetäuschtes Interesse am Wohle der westlichen Produzenten kann die Unfähigkeit jener verdecken, welche die Wohlfahrt der Farmer in einfacher, logischer und praktischer Weise den Umständen entsprechend fördern könnten. Jene, welche die Einschlagung dieses Kurses verweigern, können nicht als die Freunde der Farmer betrachtet werden."

Die „Winnipeg Free Preß" trifft damit den Nagel auf den Kopf. Es ist nur zu hoffen und zu wünschen, daß die Farmer selbst nach den bitteren Erfahrungen seit den letzten Dominionwahlen ihre wahren und falschen Freunde klar erkennen und bei nächster Gelegenheit auseinanderzuhalten wissen.

Unser „freies" Land.

Damit sind die Vereinigten Staaten gemeint, aus denen uns die Westliche Post in St. Louis folgendes erzählt:

Der Staat Utah hatte vor kurzem ein Gesetz erlassen, durch welches Plakat-Anzeigen für Tabak, Zigarren und Zigaretten verboten wurden. Das Gesetz machte jede Uebertretung dieser Verfügung zu einem strafbaren Vergehen.

Die Packer Company hatte sich der Nichtbeachtung dieses Gesetzes schuldig gemacht, wurde angeklagt und zu einer Geldstrafe verurteilt. Sie appellierte an das Oberbundesgericht. Dieses hat nun das Gesetz des Staates Utah als rechtsgültig aufrechterhalten und das Urteil bestätigt.

Die Packer Company hob hervor, daß durch das Gesetz, da das Anzeigen von Tabak usw. in den Zeitungen erlaubt sei, eine Anzeigemethode gegen eine andere in ungesetzlicher Weise begünstigt werde. Weshalb solle es strafwürdig sein, in Straßenbahnen oder auf Reklame-Plakaten anzuzeigen, während dies in den Zeitungen erlaubt sei?

Oberrichter Brandeis, der die Entscheidung im Oberbundesgerichte abgab, erklärte, daß der Staat ein Recht habe, einen solchen Unterschied zu machen, da „Anzeigen auf Plakaten und in Straßenbahnen stetig vor den Augen der Passanten oder der Straßenbahnpassagiere ständen, ohne daß ihnen eine Wahl bliebe, ob sie solche lesen wollten oder nicht. Zeitungsanzeigen zu beachten oder nicht zu beachten, stehe dagegen in Jedermanns freiem Willen."

Das mag in gewisser Weise stimmen, — aber stimmt es nicht auch für Ankündigung irgend welcher Art, — Vergnügungen, Faustkämpfe, Ausverkäufe, Auktionen, Reisegelegenheiten usw.? Weshalb sollen gerade die Anzeigen von Tabak und Tabakfabrikaten in den Bann getan werden. Ist nicht das Rauchen in den Vereinigten Staaten noch erlaubt? Ist nicht die Tabakindustrie eine gesetzliche und nebenbei auch hoch besteuerte?

Daß es ihr verboten werden kann, ihre Waren dem Publikum anzukündigen, wie es ihr gefällt, erscheint unbegreiflich. Aber man ist in unserem „freien" Lande an Unbegreiflichkeiten allmählich gewöhnt worden. Vielleicht sind die Mormonenfrauen in Utah gegen das Rauchen, aber das kann doch für das Oberbundesgericht unmöglich maßgebend gewesen sein. Jedenfalls ist unser Rechtswesen wieder mal um ein „Unicum" bereichert worden.

Um das Schicksal Südwestafrikas.

A.D. — Die in Johannesburg in Südafrika erscheinenden „Sunday Times" veröffentlichen einen längeren Aufsatz über Südwestafrika, in welchem die Lage des Mandatsgebietes nicht gerade in rosigen Farben geschildert wird. Es heißt in dem Aufsatz u.a.: „In den mageren Zeiten müßte die Bevölkerung jetzt für die schlechte Verwaltung in den guten Jahren leiden. Das einzige Einkommen habe in guten Jahren in Kupfer und Diamanten bestanden. Früher hätten die Leute ihr Geld in Diamanten anlegen können, heute sei das Glücksspiel. In Südwestafrika würde der Administrator von vielen persönlich für die Zustände verantwortlich gemacht. Das sei jedoch ungerecht, da er nach seinem Vertrage auch der Unionsregierung verantwortlich sei. Die Unionsregierung habe, als sie das Mandat übernahm, den schlechtesten Menschentyp in das Land gelockt. Dadurch sei eine Arme-Weißen-Siedlung entstanden. Farmer ohne Geldmittel hätten Farmen auf Abzahlung übernommen. Das Ergebnis sei gewesen, daß die Farmer nicht leben konnten und die Landbank zu Hilfe kommen mußte. Dabei seien noch nicht einmal Verbesserungen gemacht worden. Hier sei das Loch, in dem der Ueberschuß verschwand, der bei Amtsantritt des jetzigen Administrators vorhanden war. Aus diesem Grunde sei das Land jetzt halb bankrott. Die Farmerschaft sei, nicht nur an die Regierung, sondern auch an die Händler bis zu 300 verschuldet. Anscheinend gebe es nur eine Rettung für Südwestafrika: Los von der Union! Neben den eigenen rassischen und politischen Fragen sei Südwest auch noch mit den politischen und rassischen Fragen der Union belastet. In Windhuk gehe ein Gerücht um, daß eine Bittschrift beim Völkerbund eingereicht werden solle, um das Mandat der Union wegzunehmen und das Land entweder durch das „Foreign Office" in London regieren zu lassen oder es an Deutschland zurückzugeben.

Posen und Pommerellen nach der Volkszählung.

A.D. — Im Laufe von zehn Jahren hat sich die Einwohnerzahl Polens um nicht weniger als 19 v.H. vermehrt. Unser stärkstes Interesse verdient naturgemäß die Bevölkerungsbewegung in den ehemals preußischen Gebieten Posen und Pommerellen, weil sich hier durch die gewaltsame Entdeutschung eine Volksverschiebung vollzogen hat, wie sie in diesem Umfange in der Geschichte Europas einzig dasteht. Die Zunahme in der Wojwodschaft Pommerellen beträgt 16,1 v.H. In den ländlichen Bezirken ist eine Vermehrung kaum eingetreten, sodaß die Bevölkerungszunahme sich in der Hauptsache auf die Städte bezieht. Nach der polnischen Volkszählung von 1931 ist die Volkszahl von 1910 bis 1931 auf 3,2 Millionen gestiegen. Mithin steht dem durch die Deutschenverdrängung verursachten Verlust von 840,000 Seelen ein Zugang von 1,1 Million Seelen gegenüber. Dieser Zugang wurde teils durch natürliche Bevölkerungsvermehrung, teils durch Zuwanderung aus anderen Gebieten verursacht. Wie das „Ostland" schreibt, stammt der größere Teil der Zuwanderer aus dem mittleren und östlichen Polen, ist also landfremd und mit den „Weisgebieten" durch nichts anderes als durch ein „Beuterecht" verbunden. Es ist klar, daß diese Hunderttausende hier kein Heimatrecht geltend zu machen haben. Sie haben lediglich versucht, die Plätze der vertriebenen Deutschen einzunehmen.

Weltumschau

Der Sturm auf Hitlers Parteilokale. Die deutsche Oeffentlichkeit beginnt jetzt daran zu zweifeln, daß die dramatischen Ueberfälle auf 170 nationalsozialistische Versammlungslokale die sensationellen Enthüllungen bringen werden, die von manchen erwartet wurden. Adolf Hitler selbst erklärt, er habe etwas Aehnliches seit langer Zeit erwartet, und es sei deshalb unwahrscheinlich, daß wirklich wichtige Parteidokumente herumliegen würden, wo sie bei einer Razzia gefunden werden könnten.

General Wilhelm Groener, der Reichswehr- und Innenminister, gab eine vorsichtig gehaltene Erklärung ab, in der er sagt, daß Berichte über Hitlers Mobilisationspläne für ihn etwas Altes seien, daß er jedoch trotzdem alle konfiszierten Dokumente prüfen werde.

Einige der regierungsfreundlichen Zeitungen bezweifelten den taktischen Wert der Razzien. Der „Börsen Courier" erklärt, daß die Sache falsch gehandhabt worden sei. Inzwischen hat das Hauptquartier der nationalsozialistischen Partei gerichtliche Schritte eingeleitet, um die Gesetzmäßigkeit der Razzien zu prüfen.

Hitlers formeller Protest gegen die Ueberfälle wurde von Reichstagsabgeordneten Hermann Goering bei General Groener erhoben. Der Führer der Nationalsozialisten erklärte, die Razzien seien unternommen worden, um die Sache der Hitlerbewegung bei den kommenden Wahlen zum preußischen Landtag zu schädigen. Wie Goering sagt, erklärte General Groener, daß er die Besorgnis anderer in der Angelegenheit nicht teile und die ihm unterbreiteten Dokumente sorgfältig prüfen werde.

Während die Polizei die Massen von Papieren sichtet, amüsiert sich die Regierungspresse auf Kosten Hitlers. Viele der Blätter halten es für einen guten Witz, daß die Nationalsozialisten sich das Losungswort „Großmutter tot" gewählt haben sollten. Nach Angaben der Polizei, sollten Telegramme mit diesen beiden Worten das Signal für die nationalsozialistischen Sturmabteilungen sein, im Falle einer Niederlage Hitlers im zweiten Wahlgang am 10. April einen allgemeinen Putsch zu beginnen. „Großmutter lebt noch", erklären die Zeitungen. In ernsterem Kommentar protestieren die Blätter gegen die von den Nationalsozialisten angewandte Taktik. Die Hitlerpresse protestiert andererseits gegen die „skrupellosen Methoden" der Regierung.

„Stahlhelm" frei für Präsidentenwahl. Der Vorstand des „Stahlhelms" machte bekannt, daß die Mitglieder der Organisation in dem kommenden zweiten Wahlgang der deutschen Reichspräsidentenwahl am 10. April nach eigenem Ermessen stimmen können, daß sie jedoch bei den Landtagswahlen in Preußen, am 24. April, die nationalistischen Parteien unterstützen werden.

Oberleutnant Theodor Düsterberg, der im ersten Wahlgange als Kandidat des „Stahlhelms" und der Deutschnationalen an dritter Stelle stand, wird nicht wieder Kandidat sein. Man erwartet, daß der größte Teil der auf Düsterberg entfallenen Stimmen bei dem zweiten Wahlgange Reichspräsident von Hindenburg zufallen wird.

Ein Kommando für das französ. Heereswesen. Frankreich ist im Begriff, seine gesamte Landesverteidigung unter ein einheitliches Oberkommando zu stellen. Es ist die erste Großmacht der ehemaligen Alliierten, die die Ministerien des Krieges, der Marine und des Luftwesens unter dem „Ministerium für Landesverteidigung" in Wechselpräsident Andre Tardieu sein Kabinett bildete und Francois Pietri für den neuen Posten ernannte.

Die Einzelheiten sind noch nicht völlig ausgearbeitet, aber es wird angenommen, daß General Maxime Weygand, der Oberbefehlshaber der Armee, auch das Oberkommando über Heer, Marine und Luftstreitkräfte übernehmen wird, wobei jedes seinen eigenen Generalstab behält. Der „Hohe Rat für Landesverteidigung", dem der Ministerpräsident von amtswegen angehört, wird die Eigenschaft eines Beratungs-Ausschusses annehmen.

Der Minister für Landesverteidigung wird, wie man erwartet, hauptsächlich zum Bindeglied zwischen dem Parlament und dem Lande werden. Er wird auch die Spezialpolitik überwachen.

Seit 1919 hat Deutschland anstatt Ministerien für Heer, Marine und Luftwesen ein Reichswehrministerium. Auch Belgien, Ungarn, die Tschecho-Slowakei, Polen und die skandinavischen Länder haben eine einzige hohe Kommandostelle.

Irland verwirft Treueid. Der irische Freistaat kündigte dem besorgten England an, daß der Treueid gegenüber dem König, der fast das letzte Band zwischen Irland und Großbritannien bildet, aufgehoben würde. Die irische Situation, die der britische Dominiensekretär J. H. Thomas als „besorgniserregend" bezeichnet, wird den Gegenstand einer gründlichen Beratung in London bilden.

J. W. Dulanty, der Londoner Oberkommissar des Freistaates, benachrichtigte Thomas, daß die irische Bevölkerung bei der letzten Wahl die Aufhebung des Treueides der neuen Regierung zur Pflicht gemacht habe.

Seine Erklärung, die zugegebenermaßen die irische Situation zwischen den beiden Nationen nach zehn Jahren des Friedens bedenklich macht, erfolgte in Verbindung mit dem Verlangen des Dominiensekretärs um „genaue Information" hinsichtlich der Absichten der neuen irischen Regierung unter Präsident Eamon de Valera.

Dulanty berichtete Thomas, daß die Regierung des Freistaates folgendes beschlossen habe, daß der Eid keinen Pflichtteil des anglo-irischen Vertrages bilde; daß die irische Verfassung eine Verfassung des Volkes sei und daher alle den Freistaat betreffenden Angelegenheiten der inneren Verwaltung obliegen und rein innere Angelegenheiten bilden, und ferner, daß die Bevölkerung ihren Willen ohne Zweideutigkeit erklärt habe und dies deshalb für die Regierung hinreichend gewesen sei, diese Entscheidung endgültig und unwiderruflich zu machen.

Bauernaufstand in der Ukraine. Berichte, daß russische Soldaten in der Ukraine aufständische Bauern niederschossen, unter denen sich Frauen befanden, die eine Kirche gegen Zerstörung verteidigten, trafen heute von rumänischen Ortschaften an der ukrainischen Grenze ein. Es wird ein Aufstand in der Ukraine gemeldet. Die Meldungen sagen, daß der Belagerungszustand über eine zwei Kilometer breite Zone an der russischen Seite des Dnjestr Flusses verhängt wurde, um ein weiteres Flüchten von Bauern nach Rumänien zu verhindern.

In dem ukrainischen Dorf Teslick, das dem jenseits des Flusses gelegenen rumänischen Dorfe Ritzani gegenüberliegt, verhafteten Sowjet-Soldaten eine Kirche zu zerstören. Nun sich eine Menge von 300 Frauen widersetzte. Die Soldaten schossen aus Maschinengewehren und töteten und verwundeten mehrere Frauen, wie es in den Berichten heißt.

Es liefen jetzt häufiger Berichte über Gewalttaten ein, die von Rumänien aus ukrainischen Flußufer beobachtet wurden. Berichte über Kirchenzerstörungen oder Einrichtungen derselben zu anderen Zwecken sind schon etwas Alltägliches. Von letzterem Schicksal wurden auch die Erlöser-Kathedrale in Moskau und der Kazan Kapelledrei in Leningrad betroffen. Die in einen Sowjet Palast, respektive in ein Museum verwandelt wurden.

Außerdem liefen immer mehr Berichte ein, daß ukrainische Bauern, die der russischen Herrschaft zu entgehen und über den jugoslawischen Dnjestr Fluß nach Rumänien zu gelangen suchten, von russischen Wachposten niedergeschossen wurden.

Keine Aussicht auf „Weltrevolution." Sowjetrußland macht nach einem Berichte der amerikanischen „Foreign Policy Association" alle Anstrengungen, seine auswärtige Politik von der Aktivität der Komintern, der internationalen kommunistischen Organisation, die die Weltrevolution sich zum Ziel gesetzt hat, loszulösen. Die Komintern, die den Rat des „starken Mannes" Rußlands, Joseph Stalin, angenommen hat, stimmt „für den Augenblick wenigstens" mit der Regierung in Moskau darin überein, daß Rußland sich mehr einer Politik widmen soll, die auf den „Aufbau des Sozialismus" daheim gerichtet ist, als einer solchen, die es auf die Anzettelung einer Revolution in anderen Ländern eingerichtet hat. Heißt es in dem Bericht.

Obschon die kommunistische Partei in Rußland jetzt schon beinahe ununterbrochen Jahrzehnte die Macht in Händen hat, verzählt die Partei doch nur über 2,700,000 Mitglieder bei einer Gesamtbevölkerung des Landes von 160,000,000.

In Bezug auf die Weltrevolution, die von den Gründern des Kommunistenkongresses vorausgesehen wurde, heißt es in dem Bericht: „Die kommunistische Ueberzeugung, daß der Weltkrieg den Beginn der Weltrevolution bedeutete, die Zeugen der Intervention der „kapitalistischen Widersprüche" und des Triumphes des Proletariats werden sollte, ist durch den Fortschritt des kommunistischen Aufstandes in China und in den Kolonien stark herabgedrückt worden. Das Programm des sechsten Kongresses der Komintern ist ein Echo der Schlußfolgerung Stalins, daß der Kapitalismus zeitweilig „stabilisiert" worden ist, und erklärt, daß der Sieg des Sozialismus nur in wenigen Ländern oder sogar nur in einem individuellen Lande möglich ist.

„Die dritte Internationale hat daher die Entscheidung Stalins akzeptiert, daß für den Augenblick wenigstens die Sowjetregierung ihre Bemühungen nicht auf die Revolution draußen, als vielmehr auf die Aufgabe des „sozialistischen Aufbaus" im Innern des Landes gerichtet halten soll.

„Die Sowjetregierung hat sich ihrerseits sehr bemüht, ihre auswärtige Politik, die darauf gerichtet ist, mit den kapitalistischen Ländern, deren wirtschaftliche Mitarbeit zur Durchführung des Fünfjahresplanes notwendig ist, freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten, von dem offen antikapitalistischen Programm der Komintern zu trennen."

Tokio beruhigt Moskau. Das russische Auswärtige Amt veröffentlichte eine Erklärung der japanischen Regierung, in der wiederholt wird, daß eine Zusammenziehung japanischer Truppen an der Grenze Koreas keine Bedrohung russischen Gebietes bedeute, und daß Japan bereit sei, die Tätigkeit der russischen „Weißgardisten" in der Mandschurei zu unterdrücken, wenn sie die Sowjetgrenze bedrohen sollte.

Der japanische Botschafter Koki Hirota erklärte L. M. Karakhan, dem amtierenden Sowjet-Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten, die japanische Regierung habe keine Absicht, an der Chinesischen Ostbahn aggressive Maßnahmen zu ergreifen. Er bestritt gleichzeitig, daß Tokio die Tätigkeit der Weißgardisten unterstütze.

Am 5. März ersuchte die Sowjetregierung Tokio um Auskunft über die Bewegung der Weißgardisten in der Mandschurei, über den Aufbau der Regierung des neuen mandschurischen Staates und über die angebliche Verletzung des Vertrages von Portsmouth, der im Jahre 1905 den russisch-japanischen Krieg zum Abschluß brachte.

In einer persönlich gehaltenen Note sagt Botschafter Hirota, daß seine Regierung den Vertrag von Portsmouth durch die Zusammenziehung von Truppen an der chinesischen Ostbahn und ihre Beförderung mit der Bahn nicht als verletzt betrachte, da diese Maßnahmen keine aggressiven Absichten bedeuteten, sondern nur zum Schutz von Leben und Eigentum der Japaner ergriffen wurden.

Der Botschafter fügte hinzu, die japanische Armee habe es für notwendig befunden, das von den chinesischen Bahnwächtern verlassene Südende der Bahn unter ihren Schutz zu nehmen, um Banditenüberfälle zu verhindern, die den Verkehr auf der Linie gefährdet haben würden.

Der Botschafter erklärte weiter, daß Japan den neuen mandschurischen Staat „willkommen" heißen werde, wenn er die Erfüllung bestehender Verträge verspreche und imstande sei, Leben und Eigentum japanischer Bürger zu schützen, daß Tokio den neuen Staat bis jetzt aber noch nicht anerkannt habe.

Was gibst du her mit deiner Sprache?

Was gibst Du her mit Deiner Sprache?
die Dir die Mutter dargebracht?
Hast Du die inhaltsschwere Frage
in stiller Stunde schon bedacht?

Versuch' es doch, in fremdem Laute
zu sagen, was Dein Herz bewegt:
die Muttersprache nur, die traute,
kann heben, was Dein Busen hegt.

Mag Dein Verstand der fremden Frage
antworten auch im fremden Geist,
so läßt Dir doch die fremde Sprache
Dein deutsch' Gemüt stumm und verwaist.

Bedenke wohl: an jenem Tage,
da Du der Sprache Band zerreißt,
da wechselst Du nicht nur die Sprache,
Du wechselst, Armer, auch den Geist.

Was Deine Weisen als Vermächtnis,
was Deine Dichter Dir vertraut,
es flieht Dein Herz und Dein Gedächtnis
und wird zum unverstandnen Laut.

Was kann Dich ferner noch erheben,
Du Armer, in des Lebens Lauf?
Wer seine Sprache auf kann geben,
bei Gott, der gibt sich selber auf.

Bewahr' Dein Heiligtum, die Sprache,
daß sie die Enkel noch erfreu';
bleib' treu der heil'gen Muttersprache, —
dann bleibt Du selber Dir getreu.

(Verfasser unbekannt, veröffentlicht 1906 in der „Baltischen Tageszeitung").

Was helfen alle Verdächtigungen und Beschimpfungen, wenn Deutschland nicht mehr zahlen kann, einfach, weil man die Henne, die seit Jahren die goldenen Reparationseier legte, finanziell abgemurkst hat? Dann ist eben das Eure der Tributzahlungen gekommen. Frankreich wird sich schließlich mit der nackten Wirklichkeit abfinden müssen.

Fahrplanmäßiger Luftschiffverkehr

„Graf Zeppelin" fährt ohne Zwischenlandung von Deutschland nach Brasilien.

Friedrichshafen, den 21. März. — Das deutsche Luftschiff „Graf Zeppelin" ist heute früh um 12.34 Uhr zum ersten der diesjährigen Flüge nach Pernambuco, Brasilien, aufgestiegen.

Das Luftschiff steht unter persönlichem Kommando von Dr. Hugo Eckener. Es hat neun Passagiere, 2200 Pfund Post und Fracht an Bord. Der Rückflug soll fahrplanmäßig am 25. März angetreten werden.

Der heute begonnene Flug ist der erste von vier, die im März, April und Juni stattfinden sollen. Vor der Abfahrt wurde bekannt gegeben, daß eine zweite Serie von „Südamerikaflügen" nach der tropischen Regenzeit im Spätsommer und Beginn des Herbstes unternommen wird.

Der „Graf Zeppelin" wird die übliche Route über Südfrankreich nach Gibraltar, an der afrikanischen Küste entlang nach Dakar, und von dort über den Südatlantik nach Brasilien nehmen.

Pernambuco, Brasilien, 24. März. — Das große deutsche Luftschiff „Graf Zeppelin" ist heute abend hier angelangt und liegt seit 6 Uhr an seinem Ankermast fest. Der Segler der Lüfte tauchte gegen 5 Uhr am nordöstlichen Horizont auf. Die Nachricht lockte gewaltige Menschenmengen auf die Straßen und freien Plätze. Das Luftschiff umflog die Stadt mehrmals in großen Kreisen und lief sich dann auf dem Flughafen nieder, wo es an dem Ankermast befestigt wurde. Die Landung ging glatt von statten.

Damit kommt der erste Flug zwischen Friedrichshafen und Pernambuco ohne Zwischenlandung in der hiesigen Saison zum Abschluß.

Das Luftschiff hat nach späterer Meldung seinen Rückflug nach Deutschland bereits glatt zurückgelegt.

Kampf gegen Banditenwirtschaft in Rußland.

Moskau. — Nach Angabe der Sowjetregierung wurde soeben das letzte Kapitel in der Geschichte einer Räuber- und Mörderbande geschrieben, die eine Zeitlang das entsetzliche Rußland unsicher machte. 15 Mitglieder der Bande, darunter zwei Frauen, sollen zum Tode verurteilt worden sein. Andere Mitglieder wurden auf lange Zeit ins Gefängnis geschickt. Die Raubzüge der Bande waren angeblich so gut organisiert, daß der Zugverkehr in den von ihr bedrohten Gegenden fast zum Erliegen kam.

Alle Nationen feiern das Gedächtnis Goethes

(Fortsetzung von Seite 1)

Abordnungen der Kaiserlichen Universitäten eine Huldigungsadresse auf Pergament überbrachte, und durch den Mund Professor Dr. Karl F. Schreiber sprachen.

Gegen halb zwölf Uhr vormittags legten der Reichskanzler Brüning als der anwesende höchste Beamte des Reiches, am Grabe Goethes in der Weimarer Fürstengruft — das Grab Schillers liegt dicht daneben — einen Kranz im Namen der Reichsregierung und Dr. Meißner einen weiteren Kranz im Namen des deutschen Volkes nieder — um 11 Uhr 25 Minuten, genau in dem Augenblick, da Goethe vor hundert Jahren gestorben ist. Das Gleiche taten die Witwe des Großherzogs von Weimar, Feldern, und ihre Söhne im Namen des früheren Herrscherhauses von Sachsen-Weimar.

Die Vertreter des Auslandes und die Abordnungen deutscher Behörden und Verbände, der Gelehrten und Schriftstellern legten ihre Kranzspenden auf einen Katafalk vor der Fürstengruft.

Gleichzeitig wurden in ganz Deutschland alle Glocken geläutet.

Deutscher Protest gegen litauische Willkür.

Berlin. — Die deutsche Regierung hat in Kowno, London, Paris und Rom formellen Protest gegen die Auflösung des Parlaments von Memelland erhoben. Die Auflösung des Parlaments von Memelland wurde durch den litauischen Gouverneur Antanas Merkys verfügt. Deutschland machte geltend, sie stehe im Widerspruch mit den Bestimmungen des Memelandstatuts. Eduard Simaitis, der neue Präsident des Landesdirektoriums, stellte dem Landtag das vollständig aus Litauern gebildete Landesdirektorium vor. Der Landtag erteilte ohne Vorzug mit 22 zu 5 Stimmen dem Direktorium ein Mißtrauensvotum; auf dieses hin löste Gouverneur Merkys den Landtag auf.

Englischer Humor.

„Endlich weiß ich, wo mein Mann seine Abende zubringt;" — „Was Du nicht sagst! Wie hast Du das bloß herausgebracht?" — „Laß Dir erzählen! Komme ich da gestern abend nichtsahnend schon um neun Uhr nach Hause, und, Du ahnst es nicht: wer sitzt im Sessel am Kamin und liest? Mein Mann!"

Es gehört zu den Schwächen des Menschen, immer von Wünschen umringt zu sein; und es gehört zu den alltäglichen Täuschungen, die Stunden der Vergangenheit und Zukunft reizender zu finden, als die Gegenwart!